



EMBASSY OF SWITZERLAND

WASHINGTON D.C. 20008,
2900 Cathedral Avenue N.W.
Telephone HO 2-1811/7

18. Januar 1965

Ref.: ZE/gy

P.B. No. 4
Durch Kurier

an						aa
Datum						27.1
Visa						40f
EFD	27. Jan. 1965					
Ref.	p. 4. 21. 31. Washington					

Herrn Bundesrat Friedrich T. Wahlen
Vorsteher des Eidgenössischen
Politischen DepartementsB e r n

Herr Bundesrat,

Vor einem Jahr zur gleichen Zeit und auf Ihren Wunsch im Hinblick auf die Sitzung der Kommission für Auswärtiges suchte ich Herrn William Tyler, Assistant Secretary of State, auf und besprach mit ihm den Stand der schweizerisch-amerikanischen Beziehungen. Diesmal bat ich um eine Audienz, um von ihm über die grossen Linien der amerikanischen Aussenpolitik zu hören. Die Audienz fand am 13. Januar in seinem Büro statt und dauerte über eine Stunde.

Es war naheliegend, dort anzufangen, wo wir letztes Jahr aufhörten. Wir waren sehr schnell einig darüber, dass auf dem Gebiet der bilateralen Beziehungen die im Jahre 1964 eingetretenen Veränderungen günstig waren und zwei Einzelfälle aus dem Wege geräumt werden konnten, die die Beziehungen seit Jahren belasteten: Interhandel und Uhren-Antitrust. Beide Fälle können nun von der Traktandenliste abgeschrieben werden. Kurz erwähnt wurden ferner die Wiederöffnung des amerikanischen

4 cop.



Konsulats in Basel, die immer noch sehr undurchsichtige Frage der Rückgängigmachung der Escape Clause auf Uhren, die Kennedy Library in Boston und die sich erfreulich entwickelnden kulturellen Beziehungen.

Was die amerikanische Aussenpolitik im allgemeinen anbetrifft, so eröffnete ich das Gespräch mit der Feststellung, dass das diplomatische Corps sehr beeindruckt war durch das uneingeschränkte Vertrauen des Präsidenten in die Stärke, die Macht und die wirtschaftliche Prosperität der USA; hingegen wusste keiner meiner Kollegen, ich übrigens auch nicht, welches die grossen Leitgedanken der amerikanischen Aussenpolitik heute sind und in der Zukunft sein werden. Aussenminister anderer Länder müssten im klaren darüber sein, wo die Grenzen für ihre Aktionsfreiheit liegen beim Versuch, ihre nationalen Aspirationen oder sonstwelche Phantasien zu verwirklichen. Aus der State of the Union Message ergibt sich aber, dass der Präsident der USA keine Komplikationen für sein Land wünsche und lediglich in konkreten Einzelfällen "Schritt für Schritt" vorzugehen beabsichtige.

Herr Tyler glaubt nun, dass es für eine Grossmacht keine andere als eine pragmatische Aussenpolitik geben könne. Für die USA kommt ergänzend dazu, dass der Präsident weder ein Idealist noch ein Doktrinär ist. Er lehnt es ab, sich mit Angelegenheiten zu befassen, die theoretisch eintreten könnten.

Ihn interessieren lediglich eingetretene Tatsachen. Was die State of the Union Message anbetrifft, so richtet sie sich nicht primär an die Welt, sondern an den Kongress. Der Präsident liebt es nicht, dem Kongress zu sagen, was er zu tun beabsichtigt; seine Entschlüsse reifen aus in Gesprächen mit dem Parlament.

"Man muss mit den Leuten reden und sich nicht im voraus auf einen Standpunkt versteifen," ist im Grunde genommen die Philosophie des Präsidenten in aussenpolitischen Fragen.

Die amerikanische Administration will sich in Afrika nicht engagieren. Sie will den Afrikanern beim Aufbau ihrer Länder mit Geld und Erziehung helfen. Europa sollte sich viel mehr für Afrika interessieren, und zwar nicht nur wirtschaftlich und erzieherisch, sondern auch politisch, denn schliesslich trägt Europa die Verantwortung für das heutige Durcheinander in Afrika. Die Grenzen zwischen den einzelnen Staaten, die Sprache der Bevölkerung, das administrative System, Bahnen, Strassen sind Ueberreste des kolonialen Regimes. Es ist gut, dass die Briten ihr Kolonieministerium auflösen, denn die dort tätigen Beamten können einfach nicht umlernen. Amerika überlässt Afrika gerne den Europäern, schliesslich ist es ja ihr Kontinent. Nicht nur England, Frankreich, Belgien, Portugal und allenfalls Spanien sollten in vermehrtem Masse ordnend in Afrika eingrei-

fen, sondern auch "unbelastete" Länder, wie die skandinavischen Staaten und Deutschland. Portugal steht allerdings sentimental besonders schlecht da, doch als Ordnungsfaktor ist es nicht zu unterschätzen. Für den Anfang dürfte es wohl genügen, wenn Portugal die konstitutionelle Fiktion aufgibt und der einheimischen Bevölkerung eine Art autonome Selbstverwaltung gewährt. Spanien sollte seine kleinen Enklaven einfach aufgeben und es diesen überlassen, zu entscheiden, welchem bereits bestehenden Staate sie sich anschliessen wollen. Wie überhaupt ein Zusammenschluss der zu zahlreichen Einzelstaaten in Afrika so schnell wie möglich in die Wege geleitet werden sollte, sonst besteht die Gefahr der Zersplitterung nach Stämmen und des Auftriebs der Nationalismen.

"Und der Kampf gegen den Kommunismus in Afrika mit der fatalen Implikation der USA in ideologische Bürgerkriege?"

Amerika will solche Komplikationen nicht, aber solange "Befreiungskriege" von den Kommunisten als "legitime" Kriege betrachtet werden, gibt es auch für die USA keine Möglichkeit, abseits zu stehen, es sei denn, es setze sich intern eine Art Isolationismus durch, was heute nicht wahrscheinlich ist. Die grosse Masse der amerikanischen Bevölkerung ist ausgesprochen antikommunistisch, und so erwartet auch der Kongress von der Administration, dass sie vor der kommunistischen

Expansion nicht zurückweicht. Sobald man aber nach dem "wie" fragt, erhält man keine oder Hunderte von Antworten. Es gibt einfach kein gültiges Rezept dafür, und die Gefahr der Verwicklung amerikanischer Streitkräfte in einen Bürgerkrieg ist stets vorhanden, es sei denn, Amerika ziehe sich von der Welt-politik zurück. Es ist bedenklich, dass das erstarkte Europa den USA in solchen Situationen nicht helfen will.

"Die Rolle des Welt-Gendarmen ist eben weittragend und setzt die Bereitschaft zum Einsatz der Militärmacht voraus."

Amerika liegt die Rolle eines Gendarmen der Welt überhaupt nicht. Deshalb kann Amerika im Gegensatz zum früheren Grossbritannien diese Aufgabe nicht übernehmen. Man kann die Rolle des Gendarmen nur ganz spielen, nicht in Teilstücken oder auf Teilabschnitten der Welt. Amerika ist nur dann provoziert und reaktionsfähig, wenn der Kommunismus chinesischer, russischer oder anderer Prägung im Spiel ist. Auf anders gelagerte Interventionsabsichten reagiert der Kongress recht sauer.

Für den Kampf gegen die subversive Tätigkeit der Kommunisten in Drittstaaten haben weder die Briten noch de Gaulle ein Rezept. Herr Tyler war bei allen Gesprächen Dean Rusks mit de Gaulle dabei. Die Formel de Gaulles: "Hört selber einmal mit Euren Interventionen in die inneren Angelegenheiten von Drittstaaten auf und konzentriert Euch auf diplomatische Lösungen," ist nicht annehmbar, denn bis China oder Russland zu solchen

Konferenzen Hand bieten, ist das Drittland oder sind die Drittländer bereits von innen ausgehöhlt. Eine Neutralisierung, so wünschbar sie an sich wäre, ist nicht möglich, weil die Aus-
höhlung von innen durch die Kommunisten einfach weitergeführt wird. Kambodja, Laos, Vietnam sind Musterbeispiele dafür. Um auf diplomatischer Ebene zu verhandeln, müsste man zunächst "une égalité du départ" besitzen, die objektiv einfach nicht besteht.

Uebrigens läuft ja das Gespräch zwischen USA und China in Bezug auf die Lage in Südostasien weiter. In Warschau finden immer neue Sitzungen statt. Die Chinesen haben aber noch nie geruht, auf amerikanische Vorschläge betreffend die Bereinigung der Lage in Südostasien zu antworten. Der chinesische Botschafter antwortet stets, er habe noch keine "neuen" Instruktionen von seiner Regierung, oder er wiederholt zum hundert und so und so vielen Male die Forderung auf die Rückgabe der Insel Formosa und Preisgabe Tschiang Kai-Sheks. So ein kostbares Pfand könne man nur einmal aus der Hand geben, und so müsste denn auch die Gegenleistung dementsprechend sein.

Der Einschluss Japans in die SEATO wird besprochen; es gibt aber Widerstände im Kongress und auch in Japan selber.

"Wie ich von Peking gehört habe, glauben die Chinesen immer noch, die Zeit arbeite für sie, und den Amerikanern fehle der Wille zur Tat."

Das ist sehr interessant. Es bestätigt übrigens Nachrichten auch aus anderer Quelle, wonach die Chinesen solange in Vietnam und Laos, aber auch in Zanzibar, Sudan und Kongo subversiv bis zu Bürgerkriegen tätig sein werden, als der amerikanische Gegendruck nicht das Gleichgewicht hergestellt hat. Eine Voraussetzung hierfür sind jedoch stabile, von der Mehrheit des Volkes getragene Regierungen. Sie sind einfach nicht vorhanden. Es gibt eben kein Rezept dafür, wie man der subversiven Tätigkeit anderer begegnen kann, ohne in einen Krieg mit einer anderen Macht verwickelt zu werden. Weder der Präsident noch der Kongress sind aber dazu bereit.

Was Europa anbetrifft, so ist das grosse Ziel Amerikas heute noch die europäische Einigung. Auch mit dem neuen Präsidenten hat sich an diesem Ziel nichts geändert. Die Form bleibt den Europäern überlassen. Amerika legt den allergrössten Wert auf die atlantische Allianz (NATO) und ist unter keinen Umständen bereit, sie aufzugeben. Der neue Präsident, im Gegensatz zu Kennedy oder zum Pentagon, hat es aber nicht eilig. Hier ganz besonders gilt seine Formel "Schritt für Schritt", nichts überstürzen, ausreifen lassen. Denn die Idee der europäischen Einigung ist virulent und wird aus den diplomatischen Kanzleien in den nächsten Jahrzehnten nicht verschwinden. Sie ist in ihrer Kraft stärker als andersgehende Bemühungen einzelner Staatsmänner. Die Idee ist auch deshalb

lebendig, weil sie den objektiven Forderungen der Zeit entspricht.

"Besteht an der Spitze eine Verärgerung gegen de Gaulle?"

Natürlich besteht so gut wie in allen Departementen eine Verärgerung gegen de Gaulle, hauptsächlich deshalb, weil er jeden Vorwand, auch den ungeeignetsten, dazu benützt, um seine Unabhängigkeit von den USA zu dokumentieren, auch dort, wo es weder angezeigt, noch richtig ist. An der Spitze der Administration nimmt man seine Ausfälle gelassen hin. Dean Rusk (und auch Tyler) weiss aus Gesprächen mit de Gaulle, dass letzterer die Allianz nicht brechen will. Vielmehr möchte er sich selber und seinem Volk vordemonstrieren, dass Frankreich ganz auf eigenen Füßen stehen kann und auf die Angelsachsen nicht angewiesen ist. Dies entspricht aber der Wirklichkeit nicht. Amerika rechnet damit, dass de Gaulle den NATO-Vertrag im Jahre 1968 kündigen wird. Nach dieser Demonstration seiner vollen Unabhängigkeit wird er bei der Ausarbeitung eines neuen Allianzvertrages viel entgegenkommender sein als bisher, weil er auf dem Fusse der Gleichberechtigung mit den Anglosachsen verhandeln wird. Er sagte übrigens zu Rusk, das einzige, das er an der NATO nicht liebt, sei das "O". Er ist nicht gegen eine Allianz, sondern gegen die Organisation der Allianz. Die moderne militärische Vorbereitung ist aber ohne eine bestehende und reibungslos arbeitende Organisation überhaupt nicht denkbar.

Dean Rusk sagt immer wieder, zwei Tatsachen zwingen ein Land, sich mit dem Atomkrieg auseinanderzusetzen:

- a) der Wunsch, das Mitspracherecht zu haben;
- b) wenn das Land das potentielle Ziel einer Atombombe ist.

Ohne eine Verhandlung mit Amerika ist weder das erste zu erreichen, noch das zweite zu verhindern.

"Und Deutschland?"

Das soeben Gesagte gilt in erster Linie für Deutschland. Weil es das potentielle Ziel ist, möchte es auch entscheidend bei der Atombewaffnung mitbeteiligt sein. Das Wort "Krieg" wurde in Bonn öfters verwendet als in Paris, im Sinne natürlich eines Angriffes gegen Deutschland. Dies ist verständlich und erklärlich durch die geographische Lage, die jüngste Vergangenheit Deutschlands, aber auch durch einen selbstsicheren Auftrieb in gewissen Kreisen Deutschlands, der der Regierung Erhard Sorge bereitet. Deshalb der Wunsch Bonn's, im Rahmen der Allianz mit Amerika als gleichgestellter Partner aufzutreten. Amerika kann diesen Wunsch nicht erfüllen, weil weder de Gaulle es will, noch Moskau. Auf der Suche nach einer Alternativlösung ist man sowohl im State Department wie im Pentagon auf die Idee gekommen, Deutschland ausserhalb seines Territorialgebietes mit der Verwendung moderner Atomwaffen vertraut zu machen. Das Projekt der integriert bemannten Unter-

seeboote oder neuerdings der gemischt bemannten Ueberseeflotte ist aus dieser Notwendigkeit entstanden. Die MLF oder wie sie später heissen wird, ist nur eines der möglichen Mittel, um Deutschland zu befriedigen. Jedoch gedenkt Washington nicht, den Europäern seine Idee oder die britische Alternative aufzuzwingen, weil der Kongress dem ganzen Projekt abhold ist. Vielmehr wünscht der Präsident, dass die Europäer selber auf Grund des neuen britischen Vorschlages einen Entwurf ausarbeiten und ihn Washington vorlegen. Aber selbst so wird es nicht leicht sein, den Kongress zu überzeugen.

"Ist es richtig, dass im Falle einer Selbstisolierung Frankreichs der Ozean als Hintergrund für den zu klein gewordenen europäischen Kontinent dienen soll?"

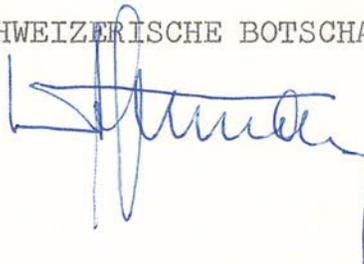
Dies ist richtig, jedoch ist dies nicht die primäre politische Ueberlegung, sondern das Problem Deutschland. De Gaulle will ja mit den USA verbündet bleiben; mit einer Selbstisolierung rechnet Washington nicht. Frankreich bleibt also in der Allianz im klassischen Sinne. Was de Gaulle nicht liebt, sind über die klassische Allianz hinausgehende "vues de l'esprit", wie er die atlantische Gemeinschaft Kennedy's bezeichnet. Dabei glaubt er, Realist zu sein, denkt aber in alten Kategorien, die heute ihre Gültigkeit verloren haben, weil die Ideologen in Moskau mit anderen Mitteln operieren als die europäischen Staaten mit ihren nationalen Aspirationen und Machtbegriffen.

"Besteht denn der russische Imperialismus überhaupt noch und somit eine Kriegsgefahr für Europa?"

Nein, zur Zeit nicht; aber er kann von einem Tag auf den andern wieder aufflackern. In Moskau ist offensichtlich eine Uebergangsregierung am Ruder, die im Bestreben, die Einheit des kommunistischen Blocks wieder herzustellen und die Führung an sich zu reißen, notwendigerweise in einen Prozess der gegenseitigen Ueberbietung mit den Chinesen hineingezogen werden wird. Die Aussenpolitik der Sowjetunion muss also dem Westen gegenüber unfreundlicher und der dritten Macht gegenüber aktiver werden, es sei denn, dass die Russen ihre Ideologie vernachlässigen und aus rein nationalen Gründen ins westliche Lager übertreten, was theoretisch möglich, aber praktisch, jedenfalls in absehbarer Zeit, nicht wahrscheinlich ist.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung und Ergebenheit.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:



P.S. Im nächsten Brief werde ich mir erlauben, meinen Kommentar zu den Erklärungen von Herrn Tyler zu geben, insbesondere auch deshalb, weil inzwischen Präsident Johnson in seiner Botschaft an den Kongress über Rüstungsfragen viel härtere Töne angeschlagen hat. Dies hat übrigens Herrn Tyler veranlasst, mich heute anzurufen, auf die erwähnte Botschaft hinzuweisen und mich zu fragen, ob ich nun befriedigt sei.